

Faktenblatt

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»

Worum geht es?

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)» wurde am 16. August 2024 vom Verein «Sauberes Wasser für alle» mit den nötigen gültigen Stimmen eingereicht. Die Volksinitiative will die Bundesverfassung anpassen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Trinkwasser sicherzustellen. So wird unter anderem ein Netto-Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent angestrebt sowie die Förderung pflanzlicher Lebensmittel verlangt. Weiter sollen die Höchstwerte für Stickstoff- und Phosphorverluste in die Umwelt gemäss den Umweltzielen Landwirtschaft innerhalb von zehn Jahren nach Annahme der Volksinitiative eingehalten werden müssen und die Biodiversität sowie die Bodenfruchtbarkeit gesichert und die Grundwasserressourcen geschützt werden.

Eine Minderheit forderte im Nationalrat einen direkten Gegenvorschlag, um die Biodiversitäts- und Umweltziele für die Landwirtschaft – insbesondere die Höchstwerte für Stickstoff- und Phosphorverluste – in die Verfassung aufzunehmen, dies aber ohne Fristen oder einen Selbstversorgungsgrad festzulegen. Ein solcher fand aber keine Mehrheit.

Das sagt das Initiativkomitee

Zu geringe Selbstversorgung hat hohe Importabhängigkeit zur Folge

Die Schweiz produziert nur rund 42 Prozent ihrer Lebensmittel selbst und ist deshalb stark auf Importe angewiesen. In Krisensituationen und Mangellagen könnte die Schweizer Bevölkerung bei einem Wegfall der Importe nicht ausreichend aus eigener Produktion versorgt werden – obwohl eine deutlich höhere Selbstversorgung möglich wäre.

Ineffiziente Nutzung der Landwirtschaftsflächen

Auf rund 60 Prozent der Ackerflächen wird Tierfutter statt direkt konsumierbarer pflanzlicher Lebensmittel angebaut. Würden auf diesen Ackerflächen beispielsweise Hülsenfrüchte, Getreide und Gemüse angebaut, könnte mehr als das Zehnfache an Kalorien für die Schweizer Bevölkerung erzeugt werden.

Fehlanreize durch Subventionen und Politik

Der Grossteil der Agrarsubventionen sowie der Absatzförderung des Bundes begünstigt tierische Produkte stark, während pflanzliche Lebensmittel benachteiligt werden. Die Absatzförderung zielt dabei insbesondere auf wertschöpfungsstarke Produkte der Schweizer Landwirtschaft ab.

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser wird gefährdet

Klimawandel, Pestizide und Überdüngung durch intensive Tierhaltung belasten Böden und Trinkwasser. Gleichzeitig fehlt eine klare nationale Planung der Wasserversorgung, was die langfristige Ernährungssicherheit zusätzlich gefährdet.

Das sagen die Gegner der Volksinitiative

Unrealistisches Ziel

Ein Netto-Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent in nur zehn Jahren ist für die Schweiz nicht realistisch. Unsere Topografie hat zur Folge, dass oft nur eine Grünlandnutzung möglich ist. Der von der Volksinitiative angestrebte Selbstversorgungsgrad wäre nur zu erreichen, wenn der Staat den Konsum von tierischen Lebensmitteln stark einschränkt.

Zu viel Staat verteuert einheimische Lebensmittel

Die Initiative wäre nur mit massiven Eingriffen in Produktion und Konsum umsetzbar. Am Ende würde der Staat indirekt mitbestimmen, was produziert und was gegessen wird. Zudem würden die neuen Auflagen und eine verknappte Verfügbarkeit regional produzierte Lebensmittel verteuern. Gewisse Bevölkerungsschichten könnten sich einheimische Lebensmittel unter Umständen nicht mehr leisten. Es ist davon auszugehen, dass bei Annahme der Volksinitiative der Einkaufstourismus zunehmen würde.

Arbeitsplätze in der Ernährungswirtschaft gefährdet

Die Initiative setzt die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft unter Druck und beschleunigt den Strukturwandel. Viele Betriebe könnten die geforderten Veränderungen nicht mittragen. Das gefährdet Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Landwirtschaft über die Verarbeitung bis hin zum Gewerbe.

Falsches Instrument

Umweltziele, Trinkwasserschutz und Nachhaltigkeit werden bereits über verschiedene Programme und Aktionspläne umgesetzt. Mit der nächsten grossen Reform der Agrarpolitik soll zudem die Ernährung als Ganzes optimiert werden.

Empfehlung

Der Ständerat empfiehlt die Vorlage mit 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Mitte-Gruppe im Ständerat sprach sich einstimmig für die Ablehnung aus.

Der Nationalrat empfiehlt die Vorlage mit 194 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Mitte-Fraktion im Nationalrat sprach sich einstimmig für die Ablehnung aus.

Das Parteipräsidium der Mitte Schweiz hat einstimmig die Ablehnung der Vorlage beschlossen.

Die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) hat ebenfalls einstimmig die Ablehnung der Vorlage beschlossen (abschliessende Parolenfassung).